

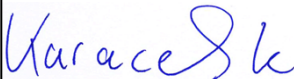
Die Linke.Liste-Fraktion		Drucksache Nr. A/16/0621-01	Termin 09.02.2015	Rat der Stadt		
<u>Antragsvorlage</u>				öffentlich		
Termin	Gremium			Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
09.02.2015	Rat der Stadt			B		

Beratungsgegenstand

Antrag DIE LINKE.LISTE Ratsfraktion
Krankenkassenkarte für Flüchtlinge

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Oberhausen beauftragt die Verwaltung mit einer Krankenkasse einen Vertrag gem. § 264 Abs. 1. SGB V abzuschließen. Flüchtlingen soll somit zukünftig prinzipiell eine Krankenversicherungskarte ausgehändigt werden.

Vorsitzender Die Linke.Liste-Fraktion  Yusuf Karacelik 26.01.2015	
---	--

Die Linke.Liste-Fraktion	Drucksache Nr. A/16/0621-01	Termin 09.02.2015	Rat der Stadt
---------------------------------	--	------------------------------------	----------------------

1 **Begründung / Sachdarstellung**

2

3 Bisher müssen sich Flüchtlinge im Krankheitsfall an die Stadt wenden und dort eine Kostendeckungszusage
4 beantragen, bevor sie einen Arzt aufsuchen können. Das führt zu unnötigen Verzögerungen. Kranke Menschen
5 gehören direkt zum Arzt und nicht auf ein Amt.

6 Flüchtlingen die Möglichkeit zu geben ohne Umwege zum Arzt zu gehen, bedeutet diskriminierungsfreier und
7 unbürokratischer Zugang von Krankenversicherungsleistungen für alle LeistungsempfängerInnen nach dem
8 AsylbLG und Entlastung für die Verwaltung.

9 Die Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie kreisfreie Städte wie Bonn oder Rostock haben bereits
10 entsprechende Beschlüsse gefasst.